

Tarifanwendungs- und Einnahmenaufteilungsvertrag (TEV)
für den Baden-Württemberg-Tarif
zwischen den Verkehrsunternehmen und der Baden-Württemberg-Tarif GmbH

Inhaltsverzeichnis

Präambel

Grundsätze

§ 1 Rahmenbedingungen

§ 2 Leistungen der Gesellschaft für die Verkehrsunternehmen

§ 3 Finanzierung der Leistungen der Gesellschaft für die Verkehrsunternehmen

Grundlagen der Einnahmenaufteilung

§ 4 Aufteilungsmasse

§ 5 Vorgehensweise der Einnahmenaufteilung

Grundlagen der Einnahmenabrechnung

§ 6 Vorläufige unterjährige Einnahmenaufteilung

§ 7 Jährliche Endabrechnung

§ 8 Lagebericht

§ 9 Prüfungsrecht

§ 10 Widerspruchsverfahren

§ 11 Vertraulichkeit

§ 12 Schadensersatzregelungen

Beginn und Ende des Vertragsverhältnisses

§ 13 Aufnahme von Verkehrsunternehmen

§ 14 Kündigung von Vertragspartnern

§ 15 Vertragsdauer und -kündigung

Sonstige Regelungen

§ 16 (entfällt)

§ 17 Schlussbestimmungen

§ 18 Salvatorische Klausel

Glossar

Anlagenverzeichnis

A. Anlagen

B. Informatorische Anlagen

Präambel

Dieser Vertrag für den Baden-Württemberg-Tarif (BW-Tarif) regelt zwischen den unterzeichnenden Verkehrsunternehmen (Verkehrsunternehmen) die Tarifierung sowie die Durchführung der Aufteilung der Einnahmen aus der Anwendung des Baden-Württemberg-Tarifs. Dieser Vertrag legt auch die Grundlagen für die hierzu von der Baden-Württemberg-Tarif GmbH (Gesellschaft) für die Verkehrsunternehmen zu erbringenden Leistungen fest. Regelungen aus Verkehrsverträgen, Finanzierungszusagen und sonstigen Vereinbarungen zwischen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen bleiben hierdurch unberührt.

Grundsätze

§ 1

Rahmenbedingungen

- (1) Die Vertragspartner bleiben, unbeschadet der Bestimmungen dieses Vertrages, rechtlich selbständig und Träger der sich aus Gesetzen, Verordnungen, öffentlich-rechtlichen Genehmigungen und anderweitig bestehenden vertraglichen Regelungen ergebenden Rechte und Pflichten. Sie stimmen darüber ein, dass durch diesen Vertrag keine eigene oder neue Gesellschaft begründet werden soll.
- (2) Die Hauptziele des BW-Tarifs sind die Erhöhung des Kundennutzens durch ein einfaches und kundenfreundliches Tarif- und Vertriebssystem mit landesweit durchgängiger Nutzung von Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) sowie die Weiterentwicklung von wettbewerbsneutralen Tarifstrukturen im Verbundüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Diese Ziele sollen u. a. durch eine für Fahrgäste attraktive und gleichzeitig erlösorientierte Tarifkonzeption erreicht werden. Im Zielzustand sollen alle Verbundüberschreitenden Fahrten im ÖPNV auf Straße und Schiene mit Start und Ziel im Geltungsbereich des BW-Tarifs mit einem durchgehenden Fahrausweis durchgeführt werden können. Das Fahrscheinsortiment, die fahrausweisspezifischen Geltungsbereiche, die Regelungen zur Anschlussmobilität, die Preisstufen und Preise sowie weitere konkretisierende Festlegungen zum Tarif sind im Tarifkonzept (Anlage B1) geregelt.
- (3) Innerhalb des Geltungsbereichs des BW-Tarifs verpflichten sich die Verkehrsunternehmen auf die ausschließliche Anwendung des Baden-Württemberg-Tarifs. Der BW-Tarif gilt nicht für das Land Baden-Württemberg durchquerende Fahrten sowie für in den

Geltungsbereich ein- oder ausbrechende Fahrten mit Ausnahme der im Tarifkonzept explizit benannten Streckenkorridore.

Für einzelne Relationen im Geltungsbereich des BW-Tarifs kann, nach entsprechendem Beschluss des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses, eine verkehrsunternehmensspezifische Anpassung der Tarifentfernung vorgesehen werden. Hierzu ist jeweils ein auf den Grundsätzen des BW-Tarifs beruhendes Regelwerk auszuarbeiten und anschließend im Tarifkonzept aufzunehmen.

Im SPNV sind regulär alle im Geltungsbereich verkehrenden Angebote in den BW-Tarif integriert, soweit nicht Ausnahmen im Tarifkonzept (Anlage B1) sowie in den Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen (Anlage B2) benannt sind. Im Rahmen der im Verbundbinnenverkehr organisierten Anschlussmobilität sind zudem regulär alle im Geltungsbereich verkehrenden Angebote des ÖSPV enthalten. Im Verbundgrenzen überschreitenden Verkehr (VüV) melden die Verkehrsunternehmen neu hinzukommende oder sich verändernde oder entfallende Linien gegenüber der BW-Tarif GmbH eigenständig an, welche diese dann in das Tarifkonzept (Anlage B1) sowie in die Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen (Anlage B2) aufnimmt und die übrigen Verkehrsunternehmen nach Zustimmung des entsprechendem Gremienbeschlusses, der nur aus wichtigem Grund verweigert werden darf, informiert.

- (4) In diesem Vertrag wird nachfolgend insbesondere geregelt, welche Einnahmen im Geltungsbereich des BW-Tarifs als solche des BW-Tarifs anzusehen (Aufteilungsmasse), wie diese aufzuteilen (Einnahmenaufteilung) und welche Vertriebskosten (Provisionen) von der Aufteilungsmasse vor der Einnahmenaufteilung abzuziehen sind. Innerhalb des Geltungsbereichs des BW-Tarifs verpflichten sich die Verkehrsunternehmen hierzu auf nachfolgende Regelungen:
- a. Im ersten Schritt des Clearings erfolgt eine Zusage der den Verbünden zustehenden Erlösansprüche. Die Vorgehensweise bei der Bestimmung der den Verbünden zustehenden Erlösansprüche ist im Vertrag zur Anschlussmobilität 2020 (VAM 2020, Anlage B6) geregelt.
 - b. Gegenstand dieses Vertrages ist die Einnahmenaufteilung der nach Abzug der den Verbünden zustehenden Erlösansprüche verbleibenden Einnahmen. Hierzu werden die Regelungen der in der Anlage B3 beigefügten Durchführungsrichtlinie zum Einnahmenaufteilungsverfahren (EAV-Durchführungsrichtlinie) angewendet.

- c. Der VAM und die EAV-Durchführungsrichtlinie werden durch die Gesellschaft fortentwickelt. Die Verkehrsunternehmen erhalten diese Regelungen zur Kenntnis und Beachtung.
- (5) Zur Unterstützung einer konsistenten Tarifdurchführung und eines einheitlichen Außenauftretens werden mit diesem Vertrag neben dem o. g. Tarifkonzept und den o. g. EAV-Durchführungsrichtlinie die nachfolgend benannten ergänzenden Regelungen im Bereich Vertrieb, Kommunikation, technische Infrastruktur, Marktforschung sowie Organisation zur Kenntnis und Beachtung gegeben: Vertriebskonzept einschließlich technischem Konzept und Lizenzvertrag E-Ticket Vertrieb (Anlage B4), Kommunikationsrichtlinie (Anlage B5), Vertrag zur Anschlussmobilität (Anlage B8) sowie sonstige Kooperationsverträge (Anlage B9). Diese Dokumente sind diesem Vertrag in der Anlage beigelegt. Die hierin von der Gesellschaft fixierten Regelungen bzw. Dokumente werden durch alle Vertragspartner in ihrer jeweils aktuellen Fassung vollumfänglich anerkannt.
- (6) (entfällt)
- (7) Im Falle der Mitgliedschaft von Verkehrsunternehmen in Verbänden, welche Partner des Vertrages zur Anschlussmobilität sind, wirken die Verkehrsunternehmen in Abwägung der Gesamtinteressen der TEV-Partner, soweit sie ihren Einfluss geltend machen können, in diesen Verbänden auf Beschlussfassungen im Sinne des BW-Tarifs, auf möglichst reibungslose Schnittstellen zum BW-Tarif sowie auf die Vermeidung einer Unterlaufung des BW-Tarifs hin. Das gilt auch insoweit, als sie ihren Einfluss auf andere Unternehmen und Institutionen geltend machen können.
- (8) Die in diesem Vertrag zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen wirken im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten darauf hin, dass andere Akteure nur dann Fahrausweise des BW-Tarifs ausgeben, wenn diese Vertragspartner des BW-Tarifs werden.

§ 2

Leistungen der Gesellschaft für die Verkehrsunternehmen

- (1) Die Gesellschaft wird als neutrale „Clearing-Stelle“ mit (i) der Abgrenzung des Erlösanspruchs der Verkehrsverbünde von den Gesamteinnahmen sowie (ii) der Einnahmenaufteilung für den nach Abgrenzung des Erlösanspruchs der Verbünde verbleibenden Einnahmenanteil vollumfänglich beauftragt. Als Aufgaben sind in diesem

Zusammenhang unter Beachtung der konkretisierenden EAV-Durchführungsrichtlinien insbesondere zu nennen:

- a. die statistische Erfassung und Aufbereitung der Absatz- und Umsatzzahlen,
- b. die vorläufige unterjährige Abrechnung sowie die Erstellung von zugehörigen Berichten sowie deren Übermittlung an die jeweiligen Erlösanspruchsberechtigten,
- c. die Erstellung einer für jedes Verkehrsunternehmen nachvollziehbaren endgültigen Einnahmenaufteilungsrechnung auf der Grundlage testierter Jahresmeldungen sowie die Übermittlung an das jeweilige Verkehrsunternehmen nebst Erstellung von zugehörigen Berichten,
- d. der Ausweis der getrennten Stückzahlen verkaufter Fahrausweise sowie zugehöriger Bruttofahrgeldeinnahmen für etwaige Anträge auf Gewährung eines Ausgleiches entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen (§ 45a PBefG, §228 SGB IX, § 6a AEG etc.) einschließlich etwaiger landesgesetzlicher Regelungen, sofern hierzu der Bedarf besteht,
- e. die Anweisung an die Verkehrsunternehmen zur Auslösung der vorläufigen und endgültigen Zahlungen zum Kassenausgleich,
- f. die Beauftragung bzw. Einbindung zusätzlicher Leistungen von Gutachtern zur Beratung sowie zum Zwecke der Marktforschung einschließlich der diesbezüglichen, nach Beschluss im jeweils zuständigen Entscheidungsgremium bei der Gesellschaft, erfolgenden Beauftragung von Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern,
- g. die Unterstützung der Verkehrsunternehmen im Bereich Betreuung und Moderation von Entscheidungsfindungen untereinander, auch bei Widersprüchen zur Einnahmenaufteilung,
- h. weitere von den Verkehrsunternehmen mit diesem Vertrag oder anderweitig gemeinsam beauftragte Leistungen.

Hierbei kann die Gesellschaft operative und technische Anpassungen in der Einnahmenaufteilung, die insgesamt keine erlösrelevante Wirkung haben, nach Zustimmung der jeweils direkt betroffenen Verkehrsunternehmen und Information des zuständigen, bei der Gesellschaft eingerichteten Arbeitskreises, allein vornehmen. Die Änderung der Grundsystematik der Einnahmenaufteilung bedarf der Zustimmung der Verkehrsunternehmen.

Die Gesellschaft wird ferner beauftragt,

- i. alle im Zusammenhang mit dem BW-Tarif erforderlichen Anträge bei den gemäß AEG bzw. PBefG zuständigen Genehmigungsbehörden im Namen der

Verkehrsunternehmen zu stellen, sowie die Veröffentlichung der genehmigten Tarif- und Beförderungsbestimmungen vorzunehmen,

- j. die Abwicklung etwaiger Assoziierungs- und Kooperationsverträge zu diesem Tarifierwendungs- und Einnahmefaufteilungsvertrag wahrzunehmen,
- k. etwaigen Weiterentwicklungsbefarf dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen aufzuzeigen und die zugehörige Abstimmung zu organisieren und
- l. bei Änderungen dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen alle Verkehrsunternehmen zu informieren und den jeweils aktuellen Stand dieser Dokumente in einem passwortgeschützten Online-Informationsportal für die Verkehrsunternehmen verfügbar zu halten.
- m. für Anfragen und Beschwerden zum BW-Tarif für die Verkehrsunternehmen einen zentralen Kundenservice einzurichten, der für die Fahrgäste täglich telefonisch und/oder über relevante elektronische Kanäle erreichbar ist.

- (2) Die Gesellschaft hat für die Verkehrsunternehmen, unter Beachtung der Regelungen dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen, die Verhandlungen über die Bildung von etwaigen Übergangs-, Kragen- und Anerkennungstarifen und Kombitickets sowie über die Weiterentwicklung des Vertrages zur Anschlussmobilität und über den Abschluss sonstiger Vereinbarungen gemäß § 4 Abs. 1 zu führen. Dies schließt auch einen Vertrag zur Anerkennung der BahnCard im BW-Tarif, einen Lizenzvertrag zum E-Ticket Vertrieb sowie sonstige Lizenz-, Assoziierungs- und Kooperationsverträge im Bereich Tarif, Einnahmefaufteilung, Vertrieb, Kommunikation und Marktforschung zum BW-Tarif ein. Sie hat diese Verträge bzw. etwaige Anpassungen auch für die Verkehrsunternehmen zu unterzeichnen. Sie handelt hierbei im direkten Auftrag, im Namen und auf Rechnung der Verkehrsunternehmen. Verhandlungspartner können sein: (i) Verbünde, (ii) Verkehrsgemeinschaften, (ii) Tarifgemeinschaften, (iv) dem BW-Tarif nicht angehörende Verkehrsunternehmen und/oder Gebietskörperschaften und (v) Verkehrsunternehmen, bei denen Anteile der von diesen betriebenen Leistungen außerhalb des Geltungsbereichs des BW-Tarifs liegen sowie sonstige Dritte. Der Neuabschluss sowie die Anpassung dieser Verträge durch die Gesellschaft bedürfen grundsätzlich der Zustimmung des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses.

- (3) Die Gesellschaft soll alle eingehenden Beschwerden zum BW-Tarif aufnehmen und den jeweils zuständigen Facharbeitskreisen der Gesellschaft mindestens einmal jährlich in einer zusammenfassenden, themenbezogenen Auswertung präsentieren. Hierfür werden die Verkehrsunternehmen alle über ihre Kundenkanäle bei ihnen eingehenden Beschwerden zum BW-Tarif mittels entsprechender Prozessvorgaben der Gesellschaft

spätestens zum Ende des dem Beschwerdeeingang folgenden Monats an die Gesellschaft weiterleiten.

- (4) Die Gesellschaft soll, soweit wirtschaftlich für die Gesellschaft vertretbar, Änderungen bezüglich wichtiger Prozessvorgaben, Fristen, Datenanforderungsvorgaben, Formblättern etc. an der Schnittstelle zwischen Verkehrsunternehmen und Gesellschaft vor Anwendung im Hinblick auf bestehende Regelungen der Verkehrsunternehmen aus Verkehrsdienstverträgen im zuständigen Facharbeitskreis der Gesellschaft abstimmen.
- (6) Soweit nicht anders bestimmt ist bei nach diesem Vertrag fristgebundenen und sonstigen Dienstleistungen der Gesellschaft die Übermittlung auf elektronischem Wege (z.B. E-Mail) ausreichend.
- (7) Die Gesellschaft hat bei der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber den Verkehrsunternehmen transparent sowie unternehmens-, interessen- und wettbewerbsneutral zu handeln.

§ 3

Finanzierung der Leistungen der Gesellschaft für die Verkehrsunternehmen

- (1) Die bei der Gesellschaft im Zusammenhang mit § 2 entstehenden Kosten werden durch die Verkehrsunternehmen als Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung entsprechend den nachfolgenden Regelungen getragen. Dies schließt insbesondere auch alle direkt mit der Einnahmenaufteilung anfallenden Kosten im Bereich Personal, EDV/Software, Kommunikation/Information zur Einnahmenaufteilung, Marktforschung (Erhebungen, Studien, Gutachten etc.), Genehmigungsverfahren und Beratung nebst weiterer ggf. anteilig entstehender externer Kosten (z.B. Vertriebskosten externer Vertriebsdienstleister) zuzüglich anteiliger Gemeinkosten ein.
- (2) Die Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung werden durch die Verkehrsunternehmen anteilig im Verhältnis der Einnahmenaufteilung entsprechend der abschließenden Jahresendabrechnung des betreffenden Kalenderjahres getragen (Kostenanteil).
- (3) Das Kostenbudget für die Administration der Einnahmenaufteilung wird jährlich vorab im Wirtschaftsplan festgelegt und danach durch die Geschäftsführung mittels Anlage A1

gegenüber den Verkehrsunternehmen bis zum 15.10. eines jeden Jahres für das Folgejahr bekannt gemacht. Das Budget für die Administration der Einnahmenaufteilung soll auch einen angemessenen Betrag für die Erarbeitung von ergänzenden Grundlagen für die Einnahmenaufteilung im Bereich der Marktforschung und/oder Beratung enthalten.

- (4) (entfällt)
- (5) (entfällt)
- (6) Eine über das Kostenbudget EA-Administration hinausgehende vorübergehende oder dauerhafte Erhöhung der jährlichen Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung bedarf einer Zustimmung des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses. Sie ist durch die Gesellschaft herbeizuführen, sobald die Notwendigkeit hierfür absehbar wird.
- (7) Die Leistungen der Gesellschaft gemäß Absatz 1 sind, sofern keine kürzeren gesetzlichen Fristen vorgesehen sind, nach Ablauf eines Geschäftsjahres, im Rahmen einer Endabrechnung des Geschäftsjahres und unter Berücksichtigung der Abschlagszahlungen gemäß Absatz 8 bis zum 30.09. des Folgejahres umsatzsteuerpflichtig an die Verkehrsunternehmen in Rechnung zu stellen. Diese Endabrechnung enthält einen testierten Bericht oder einen Auszug aus dem geprüften Jahresabschluss des Vorjahres der Gesellschaft, welcher die ordnungsgemäße Verwendung der Vergütungen der Verkehrsunternehmen für erbrachte Leistungen nachweist.
- (8) Abschlagszahlungen sind entsprechend den Ergebnissen von Absatz 3 für das jeweilige Jahr in zwölf gleichen Raten jeweils am dritten Werktag eines Monats an die Gesellschaft zu leisten. Als Werktag gelten hier und nachfolgend alle in den Zeitraum Montag bis Freitag fallenden Tage, ausgenommen Feiertage.
- (9) Kommen Verkehrsunternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht nach, werden von der Gesellschaft die gesetzlichen Verzugszinsen nach § 288 Absatz 2 BGB verschuldensunabhängig und ohne Mahnfrist erhoben. Im Wiederholungsfalle wird zusätzlich der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss informiert.

Grundlagen der Einnahmenaufteilung

§ 4

Aufteilungsmasse

- (1) Zur Aufteilungsmasse des BW-Tarifs gehören, sofern diese nicht nach Absatz 2 ausgenommen sind:
- a. Bruttofahrgeldeinnahmen aus allen nach dem BW-Tarif ausgegebenen Fahrausweisen einschließlich Sonderangebote sowie einschließlich Übergangs-, Kragen- und Anerkennungstarife sowie Kombitickets und sonstige Vereinbarungen für den Geltungsbereich gemäß § 1 Absatz 2 und 3, vermindert um rückvergütete Bruttofahrgeldeinnahmen sowie
 - b. Fahrgeldersatz durch Dritte für Leistungen im Anwendungsbereich des BW-Tarifs wie z. B. Erstattungen für pauschalisierte Sondertickets im Freizeitverkehr durch einen öffentlichen oder privaten Dritten.

Sonstige Vereinbarungen sind z. B. über den Geltungsbereich des BW-Tarifs hinausgehende Sonderangebote und die Anerkennung von Angeboten einzelner Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Etwaige Freifahrscheine sind durch den Veranlasser auf eigene Kosten zu erwerben und als Freifahrschein auszugeben, die zugehörigen Einnahmen gehen in die o. g. Aufteilungsmasse ein. Gegenseitig gewährte Freifahrtrechte im Rahmen von Regelungen zwischen einzelnen Verkehrsunternehmen außerhalb dieses Vertrages bleiben hiervon unberührt.

- (2) Nicht der Einnahmenaufteilung unterliegen:
- a. das erhöhte Beförderungsentgelt,
 - b. gesetzliche Ausgleichszahlungen (z. B. nach § 45a PBefG, § 228 SGB IX, § 6a AEG etc.) einschließlich etwaiger Ausgleichszahlungen aus Nachfolgeregelungen und/oder nach geltenden landesgesetzlichen Regelungen sowie aus allgemeinen Vorschriften nach VO EG 1370/2007,
 - c. Fahrgelderstattungen und Entschädigungen aufgrund der Regelungen des Gesetzes zur Anpassung eisenbahnrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EG) 1 371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr sowie aus Kulanzzahlungen.

- d. Gebühren, die für Verwaltungshandlungen anfallen (z. B. für Erstattungen oder das Ausstellen von Ersatzkarten),
- e. Einnahmen aus Fahrkarten weiterer Tarife, die nicht unter Absatz 1 fallen,
- f. Einnahmen aus der Abgeltung von Leistungen aus Verkehrsverträgen bzw. öffentlichen Dienstleistungsaufträgen und sonstigen Vereinbarungen mit Bestellern sowie
- g. sonstige allgemeine, nicht direkt fahrdienstleistungsbezogene betriebswirtschaftliche Einnahmen (Werbeeinnahmen etc.).

Etwaige zwischen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen vereinbarte Ausgleichszahlungen für durch den BW-Tarif ggf. bedingte Minder- oder Zusatzerträge sind nicht Gegenstand dieses Vertrages und sind bei Bedarf gesondert zu regeln.

- (3) Ergeben sich im Geltungsbereich des BW-Tarifs sonstige fahrgastbezogene Einnahmen aus der Verkehrsbedienung der Verkehrsunternehmen im öffentlichen Linienverkehr, die weder Absatz 1 noch Absatz 2 zugeordnet werden können, so wird die Zuordnung dieser Einnahmen sachgerecht und nach pflichtgemäßem Ermessen durch die Geschäftsführung der Gesellschaft nach billigem Ermessen festgelegt. Ab einem vom Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss festzulegenden Schwellenwert jährlicher Bruttofahrgeldeinnahmen ist die Zustimmung des Facharbeitskreises Tarif/EAV, ab einem ebenfalls vom Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss festzulegenden Schwellenwert jährlicher Bruttofahrgeldeinnahmen ist die Zustimmung des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses erforderlich (vgl. zu den genauen Schwellenwerten Anlage A9). Zum Einnahmenanteil Anschlussmobilität erfolgt durch die Gesellschaft vorab auch eine Abstimmung mit der Vertretung der Verbünde.
- (4) Die wesentlichen Aspekte der Methodik sowie des verfahrensmäßigen Ablaufs der Aufteilung des Einnahmenanteils des Verbundgrenzen überschreitenden Verkehrs werden nachfolgend dargestellt und in der beigegeführten EAV-Durchführungsrichtlinie (Anlage B3) konkretisiert.

§ 5

Vorgehensweise der Einnahmenaufteilung

- (1) Im BW-Tarif werden die Gesamteinnahmen entsprechend der Aufteilungsmasse leistungsgerecht auf alle anspruchsberechtigten Vertragspartner des BW-Tarif verteilt.
- (2) Die Versteuerung obliegt den Verkehrsunternehmen.
- (3) Die Aufteilung der Aufteilungsmasse erfolgt durch ein modulares System. Als Grundlage der Aufteilung dienen die Vertriebsinformationen der Verkehrsunternehmen und weiterer externer Vertriebspartner, wie z. B. Verbünde, Lizenznehmer, sonstige Kooperations- und Assoziierungspartner. Die Gesellschaft stellt sicher, dass die fristgerechten Zahlungen der externen, nicht über ein Verkehrsunternehmen eingebundenen Vertriebspartner, unverzüglich nachgewiesen werden. Sie kann hierzu ein gesonderte Clearingkonten einrichten, über das die Zahlungen der externen Vertriebsdienstleister und Zahlungen im Rahmen der Einnahmenaufteilung gebündelt abgewickelt werden können.

Die Umsätze für relationsbezogene Fahrausweise mit unterschiedlichen Quell-Ziel-Beziehungen werden einzeln erfasst und gemäß Abs. 5 und 6 aufgeteilt. Für Fahrkartenarten, für die keine Informationen zu Quell-Ziel-Beziehungen existieren, sind durch die Gesellschaft ergänzende Erhebungen mit dem Ziel vorzunehmen, den prozentualen Anteil jedes Verkehrsunternehmens an diesen Einnahmen zu bestimmen. Die Methodik gemäß EAV-Durchführungsrichtlinie (Anlage B3) soll durch die Gesellschaft hierzu so weiterentwickelt werden, dass die Einnahmenaufteilung weitgehend anhand von Vertriebsinformationen möglich ist. Ziel ist eine Begrenzung der Erhebungen auf die regelmäßige Überprüfung von Modellannahmen. Bei Erhebungen im eigenen Bedienungsbereich werden die Verkehrsunternehmen der bzw. dem hierzu Beauftragten der Gesellschaft die notwendige Unterstützung einschließlich des freien Zugangs zu den eigenen Verkehrsmitteln gewähren. Zusätzlich soll nach Möglichkeit auf vorhandene Datenquellen, z. B. verkehrsvertraglich durchzuführende Erhebungen und Daten aus Fahrgastzählsystemen, zurückgegriffen werden. Die Verkehrsunternehmen stellen die für die Einnahmenaufteilung erforderlichen Daten in der jeweils aktuellsten Version vollständig, spätestens zusammen mit den übrigen, für die Jahresabrechnung des betreffenden Geschäftsjahres erforderlichen Daten, nach Vorgaben der Gesellschaft zur Verfügung. Hierzu erteilen die Verkehrsunternehmen den betreffenden Verbünden, Aufgabenträgern und Dienstleistern die Erlaubnis, die betreffenden Daten auch direkt an die Gesellschaft zu übermitteln. Die Gesellschaft kann die vorgenannten Daten, unter

Berücksichtigung der Vertraulichkeit gemäß § 11, treuhänderisch nutzen und auch unterjährig anfordern.

- (4) Der Erlösanspruch eines Verkehrsunternehmens stellt die Summe der Einzelansprüche in allen Teilsegmenten in einem Kalenderjahr dar.
- (5) Im Vertrag zur Anschlussmobilität (Anlage B8) ist geregelt, wie der auf die Verbünde entfallende Erlösanteil bestimmt wird. Die Aufteilung des nach Abzug der Erlösansprüche der Verbünde verbleibenden Einnahmenanteils für relationsbezogene Fahrausweise erfolgt mit einem analytischen Verfahren. Dieses ist in der EAV-Durchführungsrichtlinie (Anlage B3) beschrieben. Für relationslose Tickets werden durch die Gesellschaft Ergänzungsvorschläge zur EAV-Durchführungsrichtlinie entwickelt, welche im Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss abgestimmt werden. Ein bei der Gesellschaft eingerichtetes Softwaresystem gewährleistet neben einer weitgehenden Automatisierung die Möglichkeit, die Abrechnungsergebnisse auch durch jedes Verkehrsunternehmen jederzeit nachvollziehen zu können. Das Softwaresystem ist durch die Gesellschaft stetig entsprechend dem Stand der Technik weiterzuentwickeln. Für etwaige Betreiberwechsel wird durch die Gesellschaft eine tagesscharfe Abgrenzung der Einnahmenaufteilung gewährleistet.
- (6) Die Aufteilung der auf die Verkehrsverbünde entfallenden Erlöse auf die Erlösverantwortlichen innerhalb der Verbünde ist durch die Verbünde auf Grundlage der Regelungen und Verträge zur Einnahmenaufteilung der Verbünde zu regeln.

Grundlagen der Einnahmenabrechnung

§ 6

Vorläufige unterjährige Einnahmenaufteilung

- (1) Für den BW-Tarif wird eine vorläufige unterjährige Einnahmenaufteilung vereinbart.
- (2) Für die vorläufige unterjährige Einnahmenaufteilung melden die teilnehmenden Verkehrsunternehmen und die lizenzierten und sonstigen Vertriebsdienstleister alle in einem Kalendermonat von ihnen ausgegebenen Fahrausweise des BW-Tarifs je Vertriebskanal sowie die Summe der Bruttofahrgeldeinnahmen innerhalb der in der EAV-Durchführungsrichtlinie (Anlage B3) festgelegten Frist von zwei Wochen nach Ablauf eines jeden

Kalendermonats (Meldefrist). Die Meldung erfolgt auf elektronischem Wege entsprechend der im Vertriebskonzept (Anlage B4) beschriebenen Vertriebsdatenschnittstelle an die Gesellschaft (Monatsmeldung).

Bei einer nicht fristgerechten, unvollständigen oder offensichtlich unrichtigen Übermittlung wird die Gesellschaft fehlende Datensätze auf Basis von ihr vorliegenden Erfahrungswerten nach konservativen Maßstäben plausibel abschätzen, wobei im Ergebnis eine Überschätzung der für dieses Verkehrsunternehmen zu erwartenden Einnahmenanteile vermieden werden soll. Eine ggf. nötige Korrektur der Schätzung erfolgt dann mit der Jahresabrechnung nach § 7.

- (3) Weitere Regelungen zu Provisionszahlungen werden gemäß § 7 LizV (Anlage B4) geregelt. Perspektivisch können Vertriebsprovisionen auch für sonstige Vertriebskooperationspartner auf Beschluss des zuständigen Gremiums der Gesellschaft hin vereinbart werden.
- (4) Die Gesellschaft ermittelt monatlich auf Basis der Daten aus Absatz 2, nach Vorwegabzug der von ihr berechneten Verkaufsprovisionen für externe Vertriebskooperationspartner und lizenzierte Vertriebsdienstleister, die den Verkehrsunternehmen zustehenden Erlösansprüche und teilt diese den Verkehrsunternehmen im Rahmen der vorläufigen Abrechnung mit (Monatsabrechnung). Die Gesellschaft erstellt Rechnungen und Gutschriften im Namen und auf Rechnung der über den TEV oder an der Einnahmenaufteilung beteiligten Vertragspartner. Hierzu erstellt die Gesellschaft für das jeweilige Verkehrsunternehmen, aber auch für externe Partner wie den jeweiligen Verbund, den jeweiligen Vertriebsdienstleister bzw. -kooperationspartner sowie weitere über Verträge gemäß § 2 Abs. 2 eingebundene Partner eine detaillierte Unternehmensstatistik gemäß der Regelungen des jeweiligen Vertrages.

Für die Verkehrsunternehmen enthält diese Unternehmensstatistik jeweils die Ausweisung der Anzahl der verkauften Fahrausweise, der Bruttofahrgeldeinnahmen und der Erlösansprüche sowie eine Aufstellung bereits erhaltener und geleisteter Zahlungen (Anlage A3). Diese Abrechnung je Verkehrsunternehmen enthält auch einen differenzierten Ausweis von Kasseneinnahmen, Erlösanspruch und Saldo. Ergänzend erhalten die Verkehrsunternehmen für Fahrausweise des Relationsbartarifs eine Berechnung der Erlösansprüche auf Grundlage der einzelnen Verkaufsdatensätze. Für Pauschalpreistickets wird eine Erlösstatistik in der Differenzierung nach Fahrausweisart erstellt. Die Berechnungsweise muss nachvollziehbar sein. Hierzu sind auf Wunsch eines

Verkehrsunternehmens und etwaiger externer Partner die der Abrechnung zu Grunde liegenden Berechnungen offenzulegen. Der Wunsch ist innerhalb von zwei Wochen nach Versand der Abrechnung gegenüber der Gesellschaft schriftlich zu erklären.

Verkehrsunternehmen erhalten zusätzlich zur Unternehmensstatistik eine Übersicht über die auf die verkehrsvertraglich definierten Teilnetze entfallenden, nach den Regelungen der Einnahmenaufteilung ermittelten Nachfrage- und Erlöswerte.

Die o. g. Abrechnungen und Berichte werden einschließlich Zahlungsanweisung gemäß Absatz 5 bis spätestens zwei Wochen nach dem Ablauf aller Meldefristen online bereitgestellt.

Darüber hinaus gehende Auswertungen und Berichte sind zwischen Veranlasser und der Gesellschaft abzustimmen, die diese vorbehaltlich der Umsetzbarkeit innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens zur Verfügung stellt. Für über Standardauswertungen und -berichte hinausgehende Anfragen wird die Gesellschaft den damit verbundenen Aufwand zu Lasten des Veranlassers separat in Rechnung stellen.

- (5) Übersteigt während eines Monats der von einem Verkehrsunternehmen vereinnahmte Betrag die ihm voraussichtlich zustehenden Erlösansprüche, so hat es nach Anweisung der Gesellschaft entsprechend Anlage A3 Kassenausgleiche an die Verkehrsunternehmen mit Unterschüssen zu leisten (Ausgleichszahlung). Bis zum Zugang der Abrechnung verbleiben die kassentechnischen Einnahmen aus dem BW-Tarif jeweils bei dem Verkehrsunternehmen, das sie eingenommen hat. Die Gesellschaft kann die Verrechnung der Einnahmen und der Erlösansprüche der Verkehrsunternehmen und weiteren Vertragspartnern (Verbünde, externe Partner etc.) teilweise oder vollständig über das Clearingkonto gemäß § 5 Absatz 3 vornehmen. Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss kann für neu abzuschließende Verträge von den externen Vertriebsdienstleistern bzw. -kooperationspartnern oder von einzelnen Gruppen externer Vertriebsdienstleister bzw. -kooperationspartner und sonstiger externer Partner zur Absicherung des Zahlungsausfalls die Vorlage einer Bankbürgschaft verlangen.
- (6) Die von der Gesellschaft berechneten Ausgleichszahlungen sind durch jedes Verkehrsunternehmen innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Anweisung zu leisten. Der Kassenausgleich erfolgt durch Zahlungen zwischen den Verkehrsunternehmen sowie etwaigen externen Partnern (ggf. auch unter Nutzung des o. g. Clearingkontos), wobei die hier benannten Akteure gegenseitig einen schuldrechtlichen Anspruch auf Zahlungsausgleich gemäß der zuvor benannten Anweisung der Gesellschaft haben. Der

Schuldner der Ansprüche auf Zahlungsausgleich zwischen den hier benannten Akteuren wird jeweils gemäß EAV-Durchführungsrichtlinie ermittelt.

Sofern größere Differenzen von Einnahmenanspruch und Kasseneinnahmen absehbar werden sind vorab bedarfsbezogen, auf entsprechende Aufforderung der Gesellschaft hin, durch die Verkehrsunternehmen sowie etwaige externe Partner unter Berücksichtigung eines ggf. bestehenden Clearingkontos Kassenausgleiche zu leisten. Diese Aufforderung zur Leistung entsprechender Kassenausgleiche kann auch durch ein Verkehrsunternehmen bei der Gesellschaft beantragt werden.

- (7) Die Zahlungsverpflichtung gemäß Absatz 4 besteht in jedem Fall, auch wenn Widerspruch gegen die Richtigkeit der Abrechnung eingelegt wurde. Ein Zurückbehaltungsrecht ist ausgeschlossen. Die zugehörigen Zahlungen bleiben im Falle eines Widerspruchs nach § 10 bis zur abschließenden Klärung vorläufig.
- (8) Kommen Verkehrsunternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen nach diesem Vertrag nicht fristgerecht nach, werden vom Gläubiger zu Lasten des Schuldners die gesetzlichen Verzugszinsen nach § 288 Absatz 2 BGB verschuldensunabhängig und ohne Mahnfrist erhoben.
- (9) Die in diesem § 6 benannten Fristen können durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss vorübergehend oder dauerhaft um jeweils bis zu zwei Wochen verlängert oder eine Woche verkürzt werden.

§ 7

Jährliche Endabrechnung

- (1) Die im zurückliegenden Kalenderjahr insgesamt im Sinne der Aufteilungsmasse erzielten Bruttofahrgeldeinnahmen sind von den Verkehrsunternehmen und externen Partnern auf eigene Kosten durch ihre Abschlussprüferin bzw. durch ihren Abschlussprüfer testen zu lassen und bis zum 30.04. des Folgejahres an die Gesellschaft auf elektronischem Wege als endgültige Jahresmeldung entsprechend der im Vertriebskonzept (Anlage B4) beschriebenen Vertriebsdatenschnittstelle zuzüglich Testat zu melden (testierte Jahresmeldung), soweit der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss für das betreffende Kalenderjahr nicht einen Verzicht auf eine Testierung beschlossen hat.

Von einer Testierung der erzielten Bruttofahrgeldeinnahmen durch einen Abschlussprüfer kann durch das Verkehrsunternehmen verzichtet werden, wenn der Jahressummenwert einen vom BWTA zu beschließenden Schwellenwert nicht überschritten wird. In diesem Fall ist der Gesellschaft eine Bestätigung der Bruttofahrgeldeinnahmen seitens der Geschäftsführung des jeweiligen Verkehrsunternehmens zu übergeben.

Verkehrsunternehmen bzw. externen Partner, welche ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr haben, kann auf vorherigen Antrag gegenüber der Gesellschaft und nach Beschluss durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss die Testierung ihrer Jahresmeldung innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf ihres Geschäftsjahres genehmigt werden.

Im Vorwege der Jahresmeldungen übermittelt die Gesellschaft, zusammen mit der Monatsabrechnung Dezember, je Verkehrsunternehmen bzw. externem Partner die sich auf Basis der Summe der Monatsmeldungen ergebenden Jahressummenwerte des zurückliegenden Kalenderjahres an die Verkehrsunternehmen. Die Gesellschaft nimmt hierbei auch Stellung zur Plausibilität. Die Verkehrsunternehmen melden anschließend bis zum 31.03. eines jeden Jahres etwaige Korrekturmeldungen nach.

- (2) Die Gesellschaft ermittelt auf Basis der Jahresmeldungen gemäß Absatz 1 die den Verkehrsunternehmen und etwaigen externen Partnern im Vorjahr jeweils zustehenden Bruttofahrgeldeinnahmen sowie die nötigen Ausgleichszahlungen zwischen den Verkehrsunternehmen und etwaigen externen Partnern und teilt diese den Verkehrsunternehmen und etwaigen externen Partnern unter Berücksichtigung der im Vorwegabzug zur Anrechnung gebrachten Vertriebsprovisionen im Rahmen der endgültigen jährlichen Endabrechnung (Jahresendabrechnung) bis zum 31.07. eines jeden Jahres mit. § 6 Absätze 3 bis 8 gelten entsprechend.

Etwaiger nach dem 31.07. des betreffenden Jahres auftretender Korrekturbedarf wird mit der Jahresendabrechnung des Folgejahres verrechnet.

Eine vollständige, vorläufige Jahresabrechnung ist bis zum 31.05. eines jeden Jahres durch die Gesellschaft an jedes Verkehrsunternehmen und etwaige externe Partner zu übermitteln. Jedes Verkehrsunternehmen und jeder etwaige externe Partner nimmt hierzu anschließend bis zum 15.07. eines jeden Jahres gegenüber der Gesellschaft Stellung zur Plausibilität und teilt ihr einen etwaigen Korrekturbedarf mit. Bei fehlender

Stellungnahme zur Plausibilität innerhalb dieser Frist gilt die vorläufige Jahresabrechnung von diesem Verkehrsunternehmen als akzeptiert.

- (3) Durch die Gesellschaft ist den Verkehrsunternehmen sowie etwaigen externen Partnern im Anschluss an die Jahresendabrechnung bis zum 01.09. eines jeden Jahres ein zugehöriges Testat vorzulegen (testierte Jahresendabrechnung). Eine unabhängige, vereidigte Wirtschaftsprüferin bzw. ein unabhängiger, vereidigter Wirtschaftsprüfer wird hierzu durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss bestimmt. Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss kann den Verzicht auf diese Testierung beschließen. Die Testierung des von der Gesellschaft eingesetzten Abrechnungssystems, einschließlich etwaiger im Jahresverlauf vorgenommener Anpassungen, ist auf Wunsch des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses möglich. Auf Beschluss des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses hin kann für die durch die Verkehrsunternehmen zu stellenden Anträge für § 228 SGB IX, § 6a AEG bzw. § 45a PBefG und/oder vergleichbare Regelungen der betreffende Erlösanteil im Wege einer Teil-Testierung im Rahmen der o. g. Prüfungsleistung testiert werden.
- (4) Das Ergebnis des mit allen Fortschreibungsdaten aktualisierten jährlichen Lageberichtes (vgl. § 8) ist dem Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss zur Feststellung vorzulegen. Dieser hat hier kein Ablehnungsrecht nach freiem Ermessen. Vielmehr stellt er die sachliche und rechnerische Richtigkeit des Ergebnisses auf der Grundlage dieses Vertrages und der ergänzenden Durchführungsrichtlinien fest. Die Mitteilung ist vorläufig im Sinne der ausstehenden Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft.
- (5) Die Verkehrsunternehmen stellen sicher, dass in ihren Häusern die technischen und personellen Voraussetzungen zur fristgerechten Durchführung der in § 6 sowie in diesem § 7 benannten Aufgaben gegeben sind und die zuständigen Beschäftigten für Rückfragen der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Gegenüber der Gesellschaft wird ein für den BW-Tarif zuständiger Mitarbeiter bzw. eine Mitarbeiterin als zentrale/-r Ansprechpartner/-in zuzüglich einer Stellvertretung benannt. Die Gesellschaft kann sich die Summe der jeweils gemeldeten Einnahmen durch die Verkehrsunternehmen auch unterjährig rückbestätigen lassen.
- (6) Die in diesem § 7 benannten Fristen können durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss vorübergehend oder dauerhaft um jeweils bis zu vier Wochen verlängert oder zwei Wochen verkürzt werden.

§ 8

Lagebericht

- (1) Die Gesellschaft erstellt für die Verkehrsunternehmen und die Aufgabenträgergesellschaft der Gesellschaft (Aufgabenträgergesellschaft) mindestens einmal pro Quartal einen kompakten Bericht (Lagebericht) zur Entwicklung der Nachfrage und der Bruttobahngeldeinnahmen im BW-Tarif mit Ausweisung der Eckwerte Tarif- und Linienbeförderungsfälle, Verkehrsleistung und Bruttobahngeldeinnahmen jeweils in der Differenzierung nach Fahrausweisarten und Verkaufsmonat (Anlage A4).
- (2) (entfällt)

§ 9

Prüfungsrecht

- (1) Zur Einnahmenaufteilung steht den Verkehrsunternehmen gegenüber der Gesellschaft für ihre eigenen Ansprüche, unter Wahrung der Vertraulichkeit der Ansprüche der übrigen Verkehrsunternehmen gemäß § 11, ein Prüfungsrecht zu.
- (2) Für etwaige Prüfungen hält die Gesellschaft sämtliche Unterlagen und Dateien, welche im Zusammenhang mit der Durchführung der Einnahmenaufteilung und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten erstellt oder verwendet werden, jederzeit zur Einsichtnahme bereit. Die mit der Durchführung der Einnahmenaufteilung und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten bei der Gesellschaft betrauten Beschäftigten stehen den Verkehrsunternehmen zur Auskunftserteilung uneingeschränkt zur Verfügung.
- (3) Von diesem Einsichts- und Auskunftsrecht erfasst sind z. B. auch alle Tatsachen und Unterlagen, welche auf Nachweis- oder Kostenerstattungsbasis zu zahlende Beträge dem Grunde und der Höhe nach belegen.
- (4) Die Prüfung findet in den Räumlichkeiten der Gesellschaft statt. Die mit der Ausübung des Prüfungsrechts betrauten Beschäftigten des Verkehrsunternehmens sind verpflichtet, alle nicht zu ihrem Prüfungsauftrag gehörenden Informationen, die sie bei der Durchführung der Prüfung erlangen, weder innerhalb noch außerhalb ihres

Verkehrsunternehmens weiterzugeben. Hierzu wird vor Beginn der Prüfung eine entsprechende Vertraulichkeitserklärung abgeschlossen.

§ 10

Widerspruchsverfahren

- (1) Jedem Verkehrsunternehmen wird ein Widerspruchsrecht gegen die von der Gesellschaft vorgenommenen Abrechnungen gemäß § 6 und § 7 eingeräumt. Zur Begrenzung der Auswirkungen auf nicht involvierte Verkehrsunternehmen und zur Vermeidung langjähriger Verfahren werden nachfolgende Regelungen und Fristen vereinbart. Die Regelungen zu Verzugszinsen bleiben hiervon unberührt.
- (2) Ein Widerspruch gegen die von der Gesellschaft vorgenommenen Abrechnungen ist an die Geschäftsführung der Gesellschaft zu richten. Hierzu gilt folgendes:
 - a. Der Widerspruch ist innerhalb von vier Wochen nach dem Zugang der Monatsabrechnung bzw. dem Zugang der Jahresendabrechnung schriftlich mit eingeschriebenem Brief zu erklären. Für die Einhaltung dieser Widerspruchsfrist ist das Datum des Posteingangs bei der Gesellschaft maßgebend.
 - b. Im Falle eines Einwands gegenüber einer Monatsabrechnung können die betreffenden Verkehrsunternehmen das Widerspruchsverfahren jederzeit einvernehmlich bis zur Vorlage der zugehörigen Jahresabrechnung aussetzen und/oder in dem betreffenden Kalenderjahr nachfolgende Einwände gegenüber Monatsabrechnungen des betreffenden Kalenderjahres in das Verfahren aufnehmen.
 - c. Der Widerspruch muss eine exakte und vollständige Eingrenzung der mit dem Widerspruch belegten Teile der Abrechnung nebst Begründung beinhalten, einschließlich betroffener Bruttofahrgeeldeinnahmen, Fahrausweisarten, Preisstufen, Vertriebswege und Zeiträume. Alle übrigen Teile der Abrechnung gelten als genehmigt.
 - d. Für den Widerspruch kann die Gesellschaft die Nutzung einer standardisierten Widerspruchsvorlage (Anlage A5) vorgeben, welche dann vollständig ausgefüllt dem Widerspruch gemäß Absatz 2 Nr. a beizufügen ist.
 - e. Widerspruch soll nicht eingelegt werden wegen offenkundiger Unrichtigkeit, welche bereits aus der vorläufigen Jahresabrechnung erkennbar war und gegen die nicht gemäß Buchstabe a widersprochen worden ist. Auf einen entsprechenden Beschluss des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses hin soll Widerspruch

ferner nicht eingelegt werden wegen offenkundiger Unrichtigkeit, welche bereits aus einer Monatsabrechnung des betreffenden Jahres erkennbar war und gegen die nicht gemäß Buchstabe a widersprochen worden ist. Hierauf ist durch die Gesellschaft in der Widerspruchsvorlage (Anlage A5) hinzuweisen.

- f. Auf einen Widerspruch ist innerhalb von fünf Werktagen nach Ablauf der Widerspruchsfrist gegenüber den Verkehrsunternehmen durch die Gesellschaft schriftlich hinzuweisen (Widerspruchsfeststellung). Auf die mit einem Widerspruch belegten Teile der Abrechnung ist hierbei hinzuweisen.
- g. Auf schriftlichen Antrag eines Verkehrsunternehmens gegenüber der Gesellschaft innerhalb von fünf Werktagen nach Versand der Widerspruchsfeststellung hat der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss diese auf seiner nächsten ordentlichen Sitzung zu überprüfen und hinsichtlich der Abgrenzung der unstrittigen von den strittigen Teilen der Abrechnung gemäß Buchstabe c ggf. anzupassen sowie hinsichtlich Buchstabe e ein Votum abzugeben.

(3) Widersprüche der Verkehrsunternehmen sind von der Gesellschaft im Rahmen des nachfolgenden Widerspruchsverfahrens zu prüfen und, bei begründeten Einwendungen, mit den betreffenden Verkehrsunternehmen gemäß nachfolgendem Verfahren und Fristen abzustimmen und zu korrigieren. Gleiches gilt für von der Gesellschaft selbst geäußerte Einwendungen. Nach Herstellung des Einvernehmens zur betreffenden Abrechnung (vollständige Genehmigung) sind die Verkehrsunternehmen hierüber unverzüglich schriftlich durch die Gesellschaft zu informieren. Die Differenzbeträge werden anschließend mit den Ausgleichsbeträgen der entsprechenden Jahresendabrechnung, auf entsprechende Aufforderung der Gesellschaft hin, verrechnet.

(4) Die Gesellschaft strebt im ersten Schritt des Widerspruchsverfahrens die Herstellung eines Einvernehmens im direkten Austausch mit den betreffenden Verkehrsunternehmen an. Hierzu gilt folgendes:

- a. Unverzüglich nach dem Zugang des Widerspruchs wird der Einwand durch die Gesellschaft mit den betreffenden Verkehrsunternehmen erörtert und eine Einigung versucht.
- b. Kann zwischen der Gesellschaft und den betreffenden Verkehrsunternehmen kein Einvernehmen erzielt werden, ist durch die Gesellschaft innerhalb von acht Wochen nach dem Zugang des Widerspruchs bei der Gesellschaft der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss einzuladen.
- c. Innerhalb von acht Wochen nach Versand der Einladung gemäß Buchstabe b soll sich der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss mit der Thematik befassen

und auf eine Einigung hinwirken, ggf. auch mittels zusätzlicher Sitzungen innerhalb dieser Frist.

- d. Bei fehlendem Einvernehmen innerhalb der Frist gemäß Buchstabe c wird durch die Gesellschaft gegenüber den betreffenden Verkehrsunternehmen innerhalb von fünf Werktagen nach Ablauf dieser Frist schriftlich festgestellt, dass dem Widerspruch nicht abgeholfen werden kann.

- (5) Innerhalb von vier Wochen nach Versand der Feststellung gemäß Absatz 4 Buchstabe d steht es jedem der betreffenden Verkehrsunternehmen frei, bei der Gesellschaft die Beauftragung einer gemeinschaftlich auszuwählenden Schlichterin bzw. eines gemeinschaftlich auszuwählenden Schlichters zu beantragen. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Abrechnung in ihrer ursprünglichen Form als genehmigt.
- (6) Innerhalb von sechs Wochen nach Beantragung gemäß Absatz 5 soll eine bzw. ein fachlich und im Interessenausgleich versierte Schlichterin bzw. versierter Schlichter auf Vorschlag der Gesellschaft gemeinschaftlich durch die betreffenden Verkehrsunternehmen ausgewählt werden. Bei fehlender Einigung nach Ablauf dieser Frist entscheidet die Gesellschaft innerhalb einer weiteren Woche. Die Schlichterin bzw. der Schlichter wird anschließend von der Gesellschaft beauftragt. Ein Interessenkonflikt aus ggf. parallel laufenden Mandaten der Schlichterin bzw. des Schlichters ist zu vermeiden. Die Kosten der Schlichtung sowie die bei der Gesellschaft ab diesem Zeitpunkt aufgrund des Widerspruchsverfahrens zusätzlich entstehenden Kosten (einschließlich Kosten der Gesellschaft für zusätzliche Datenerhebungen) werden durch die Gesellschaft ausgelegt. Diese Kosten werden, analog § 91a ZPO, nach dem Verhältnis Obsiegen/Verlieren hinsichtlich des streitigen Einnahmenanteiles gemäß Schiedsspruch von dem bzw. den betreffenden Verkehrsunternehmen getragen. Die Gesellschaft stellt die Kosten nach Abschluss des Widerspruchsverfahrens innerhalb von vier Wochen entsprechend der Schlichtung mit einer Zahlungsfrist von vier Wochen in Rechnung. § 3 Absatz 9 gilt entsprechend.
- (7) Innerhalb von 16 Wochen ab dem Zeitpunkt der Beauftragung der Schlichtung durch die Gesellschaft soll durch die Schlichterin bzw. den Schlichter mit den betreffenden Verkehrsunternehmen eine Schlichtung versucht werden (Schlichtungsfrist). Bei Bedarf für eine darüber hinausgehende zusätzliche Datenerhebung (einschließlich zugehörigem Gutachten), z. B. im Wege einer gesonderten Marktforschung bei Parallelverhalten, kann diese einvernehmlich durch die betreffenden Verkehrsunternehmen bei der Gesellschaft beantragt werden. Diese wird durch die Gesellschaft durchgeführt oder

eigenständig extern beauftragt. Das Widerspruchsverfahren wird in diesem Fall bis zur Vorlage des zugehörigen Endberichts für maximal zwölf Monate ausgesetzt.

- (8) Die Schlichterin bzw. der Schlichter beendet ihre bzw. seine Tätigkeit – wenn keine Einigung erzielt werden kann – mit einem Kompromissvorschlag (Schlichtungsspruch), welcher durch die Gesellschaft an die betreffenden Verkehrsunternehmen innerhalb der Schlichtungsfrist schriftlich zu übermitteln ist. Nach Ablauf der Schlichtungsfrist steht es jedem Verkehrsunternehmen innerhalb einer Nachfrist von einem Monat frei, gegenüber der Gesellschaft schriftlich mit eingeschriebenem Brief Einwendungen gegen den Schlichtungsspruch zu erheben. Nach Ablauf dieser Nachfrist gilt der Schlichtungsspruch als genehmigt. Klage gegen die mit Widerspruch belegten Abrechnung(en) ist nur innerhalb einer Frist von einem Monat nach Versand des Schlichtungsspruchs zulässig. Die Darlegungslast in einem gerichtlichen Verfahren trägt derjenige, der eine Unrichtigkeit behauptet.

§ 11 Vertraulichkeit

- (1) Die Einnahmenmeldungen und Vertriebsdaten sowie die Abrechnungsdaten nach diesem Vertrag (Vertragsdaten) sind vertraulich zu behandeln. Sie gelten als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und dürfen gegenüber Dritten (einschließlich anderer Verkehrsunternehmen und deren Beauftragten) nicht offengelegt oder anderweitig zugänglich gemacht werden. Die Verwendung der Vertragsdaten über die in diesem Vertrag genannten Zwecke hinaus – auch in Teilen oder Teilauswertungen – kann nur mit Zustimmung der betreffenden Verkehrsunternehmen erfolgen. Dies gilt auch, falls zum Zwecke der Vereinfachung der Abrechnungsprüfung die vollständige Offenlegung der Vertragsdaten zwischen den Verkehrsunternehmen nach deren Zustimmung zugelassen werden soll.

Aufgabenträgergesellschaften erhalten auf Anforderung von der Gesellschaft für die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Verkehre im Gültigkeitsbereich des BW-Tarifs einen vollen Datenzugang. Voraussetzung hierfür ist, dass sie nach den jeweiligen verkehrsvertraglichen und ergänzenden Regelungen einen Anspruch auf die Herausgabe von Einnahmemeldungen, Vertriebsdaten und/oder sonstigen Daten und Informationen haben oder mit einer Vergabevorbereitung beginnen. Es ist Ihnen gestattet, diese Daten im Umfang der verkehrsvertraglichen Regelungen sowie im für das Vergabeverfahren

nötigen Rahmen bedarfsbezogen zu nutzen. Gesetzliche Offenlegungs- und Mitteilungspflichten bleiben im Übrigen hiervon unberührt.

- (2) Die Pflicht zur Vertraulichkeit gilt auch für diesen Vertrag und seine Anlagen. Aufgabenträger im Geltungsbereich des BW-Tarifs sind berechtigt, auf vorherige Anfrage gegenüber der Gesellschaft hin, Kopien des jeweils aktuellen Standes dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen im Rahmen von Vergabeverfahren den Bietern im jeweiligen Verfahren offenzulegen. Die Verkehrsunternehmen sind berechtigt, Kopien dieser Vertragsunterlagen für eigene Zwecke mit Maßgabe der Vertraulichkeit zu verwenden, insbesondere gegenüber Fördermittelgebern. Diese Vertragsunterlagen sind anderen Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern im Geltungsbereich des BW-Tarifs, die gegenüber der Gesellschaft vorab ein rechtlich und/oder wirtschaftlich begründetes Interesse nachweisen, auf Verlangen offen zu legen. Ob ein rechtlich und/oder wirtschaftlich begründetes Interesse vorliegt, wird durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss festgestellt. Verkehrsunternehmenseigene bzw. -bezogene Daten sind von der Offenlegung ausgenommen.
- (3) Die Gesellschaft wird, entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik, alle notwendigen und wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit der ihr anvertrauten Daten und Informationen ergreifen und über die getroffenen Maßnahmen auf Anforderung der Verkehrsunternehmen Auskunft erteilen. Dies betrifft insbesondere die technische und organisatorische Absicherung der elektronischen Datenbanken und aller weiteren vertraulich zu behandelnden elektronisch gespeicherten, gedruckten oder handschriftlich dokumentierten Informationen vor unbefugtem Zugang. Dies beinhaltet auch die Aufklärung der Beschäftigten der Gesellschaft über die erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit sowie die Verpflichtung dieser Beschäftigten zur Einhaltung der Vertraulichkeit nach Maßgabe der Anlage A6, welche durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss bedarfsbezogen weiter konkretisiert werden kann.
- (4) Die Pflicht zur Vertraulichkeit gemäß diesem § 11 besteht für die Vertragspartner auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
- (5) Externe Partner werden durch die Gesellschaft analog § 11 zur Vertraulichkeit verpflichtet.

§ 12

Schadensersatzregelungen

- (1) Die Gesellschaft hat im Rahmen ihrer Berichte nach § 6 und § 7 in einer Gesamtübersicht über alle Verkehrsunternehmen über die vertragsgemäße und nicht vertragsgemäße Datenlieferung je Verkehrsunternehmen seit dessen Eintritt in den Vertrag zu informieren. Dies schließt die Anzahl der Verstöße sowie die Gesamtzahl der Verzugstage seit Aufnahme in diesen Vertrag ein.
- (2) Im Wiederholungsfalle einer nicht vertragsgemäßen Datenlieferung durch ein Verkehrsunternehmen kann die Geschäftsführung der Gesellschaft den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss informieren. Dieser kann der Geschäftsführung der Gesellschaft danach empfehlen, bis zur vollständigen Datenlieferung für das betreffende Verkehrsunternehmen von der Schätzung gemäß § 6 Absatz 2 einen Sicherheitsabschlag von bis zu 10 % (in Worten: zehn Prozent) dieser Schätzung abzuziehen.
- (3) Für die nicht vertragsgemäße Datenlieferung entstehen bei der Gesellschaft zusätzliche Kosten, die durch die Gesellschaft als Schadenersatz ab dem zweiten Wiederholungsfalle geltend gemacht werden. Die Höhe des diesbezüglichen Schadenersatzes orientiert sich an dem bei der Gesellschaft voraussichtlich entstehenden Mehraufwand und wird nachfolgend durch die Vertragspartner gemeinsam pauschal festgelegt. Sie beträgt im Falle eines Verzugs von mehr als zehn Werktagen für jeden Versäumnisfall einmalig 500 € zuzüglich 500 € je angefangener Kalenderwoche, maximal jedoch 2 % (in Worten: zwei Prozent) des Einnahmenanspruchs des jeweiligen Verkehrsunternehmens des betreffenden Kalenderjahres. Die Gesellschaft ist darüber hinaus berechtigt, weitergehende Schäden (wie z. B. verzugsbedingt zusätzlich bei externen Gutachtern, Beratern oder Anwälten entstehende Kosten) geltend zu machen.
- (4) Der im abgelaufenen Monat gemäß Absatz 3 angefallene Schadenersatz wird zusammen mit den Abschlagszahlungen entsprechend der Regelungen gemäß § 3 durch die Gesellschaft in Rechnung gestellt.
- (5) Innerhalb der ersten sechs Monate nach Beginn der erstmaligen Teilnahme an der Einnahmenaufteilung und Abrechnung gemäß § 6 gelten die Regelungen nach Absatz 1, 2 und 3 für das jeweilige Verkehrsunternehmen nicht.

- (6) Bei Meinungsverschiedenheiten über die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages entscheidet der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss in seiner nächsten Sitzung nach Anhörung der betreffenden Vertragspartner hierüber, wobei § 10 von dieser Regelung ausgenommen ist.

Beginn und Ende des Vertragsverhältnisses

§ 13

Aufnahme von Verkehrsunternehmen

- (1) Weitere Verkehrsunternehmen können diesem Vertrag beitreten, wenn sie
- a. im Geltungsbereich des BW-Tarifs im Sinne des § 2 Absatz 5 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) SPNV betreiben, oder nachweisen können, dass sie entsprechende SPNV Betriebsleistungen erbringen werden
- und/oder
- b. im Geltungsbereich des BW-Tarifs eigen- oder gemeinwirtschaftlich ÖSPV-Betriebsleistungen mit Straßenbahnen und/oder mit Kraftfahrzeugen im Linienverkehr nach §§ 42, 43 Nr. 2 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) mit eigener Konzession betreiben oder nachweisen können, dass sie entsprechende ÖSPV Betriebsleistungen erbringen werden,
- und
- c. Gesellschafter der Baden-Württemberg-Tarif GmbH sind
- und
- d. einen schriftlichen Antrag auf Beitritt gemäß Anlage A16 an die Gesellschaft richten.

Die Gesellschaft informiert die Verkehrsunternehmen schriftlich unverzüglich über den Zugang des Antrages und erklärt gegenüber dem antragstellenden Verkehrsunternehmen schriftlich dessen Annahme, wenn nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Information von einem Verkehrsunternehmen schriftlich ein begründeter Widerspruch erhoben wird. Auf diese Rechtsfolge ist im Rahmen der Information ausdrücklich hinzuweisen. Mit Zugang der Annahmeerklärung ist das antragstellende Verkehrsunternehmen diesem Vertrag wirksam beigetreten. Es ist ab dem Zeitpunkt der Aufnahme von Betriebsleistungen gemäß a. oder b. an dessen Inhalt gebunden.

Die Verkehrsunternehmen verpflichten sich, einem Beitritt nur zu widersprechen, wenn

wichtige Gründe, wie sie beispielhaft in § 14 Abs. 1 dieses Vertrages benannt sind, vorliegen. Wird Widerspruch gegen einen Antrag auf Beitritt erhoben, so teilt die Gesellschaft dies dem antragstellenden Verkehrsunternehmen mit. Ist durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung festgestellt worden, dass die Voraussetzungen für einen Widerspruch nicht vorgelegen haben, so wird die Gesellschaft dem antragstellenden Verkehrsunternehmen unverzüglich schriftlich die Annahme des Antrages erklären. Satz 4 gilt entsprechend. Sind zum Zeitpunkt des Zugangs der Annahmeerklärung Betriebsleistungen gemäß a. oder b. bereits aufgenommen worden, ist das antragstellende Verkehrsunternehmen ab diesem Zeitpunkt an den Inhalt dieses Vertrages gebunden.

- (2) Unternehmen des öffentlichen Personenfernverkehrs, deren Verkehre nicht dem ÖPNV zuzuordnen sind, können als Verkehrsunternehmen nicht Vertragspartner des TEV, sondern ausschließlich des Assoziierungs- und Kooperationsvertrags zum TEV (TEV-A) werden (Anlage B9.2). Für diese Fernverkehrsunternehmen gelten dann ergänzend die nachfolgenden Regelungen:
- a. Eine Einbindung in diesen Vertrag ist nur für Teilnetze und Relationen möglich, die vollständig innerhalb des Geltungsbereichs des BW-Tarifs liegen. Die Fernverkehrsunternehmen können selbstständig entscheiden, welche Teilnetze oder Relationen in den BW-Tarif aufgenommen werden sollen. Für diese Teilnetze und Relationen wird eine nicht exklusive Anerkennung des BW-Tarifs gemäß den nachfolgenden Regelungen vereinbart.
 - b. Wenn die Leistungen des Schienenpersonenfernverkehrs (SPFV) auf Grundlage einer Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg zum Nahverkehrstarif angeboten werden dürfen, gelten für die Einnahmenaufteilung die gleichen Regeln wie für Angebote des SPNV.
 - c. Für die Nutzung von Angeboten des Fernverkehrs für die nach a eingebundenen Teilnetze und Relationen, die nicht entsprechend b voll in den BW-Tarif eingebunden sind, ist kundenseitig ein Fernverkehrsaufpreis zu entrichten. Sofern nach § 13 (2) g nicht anders geregelt, beträgt der Fernverkehrsaufpreis für den mit dem Fernverkehr zurück gelegten Teilweg 25 % des regulären Fahrpreises des BW-Tarifs (einschließlich des Preisbestandteils für die integrierte Anschlussmobilität). Es gelten die gleichen Ermäßigungen wie beim BW-Tarif (Kinder, BahnCard, Gruppen etc.). Der Fernverkehrsaufpreis ist gesondert zu lösen. Hierbei sind die Stationen, an denen in den Fernverkehr ein- und ausgestiegen wird, oder die Tarifrelation, für die der Aufpreis gelöst wird, anzugeben. Die Nutzung des Fernverkehrs ist nur in Verbindung mit dem regulären Fahrausweis des BW-Tarifs zulässig. Zu welchen Fahrausweisarten im Einzelnen

ein Übergang in den Fernverkehr gelöst werden kann, ist im Tarifkonzept geregelt.

- d. Die Einnahmen aus dem Verkauf des Fernverkehrsaufpreises stehen den Fernverkehrsunternehmen, die die gelöste Relation bedienen und diesen Vertrag abgeschlossen haben, zu.
- e. Zusätzlich zu den Einnahmen aus dem Verkauf des Fernverkehrsaufpreises stehen den Fernverkehrsunternehmen entsprechend der Anzahl der verkauften Fernverkehrsaufpreise anteilige Einnahmen aus dem Verkauf der regulären Fahrausweise des BW-Tarifs zu. Die Erlösansprüche für die jeweilige Fernverkehrsrelation werden anteilig von Einnahmen auf den Nahverkehrsrelationen, die den entsprechenden Teilweg des Fernverkehrs enthalten, abgezogen.
- f. Vertrieb und Abrechnung des Fernverkehrsaufpreises erfolgen, soweit nicht anders geregelt, entsprechend den Regelungen für das Basissortiment des BW-Tarifs. Jedes Fernverkehrsunternehmen ist verpflichtet, den Fernverkehrsaufpreise für seine in den BW-Tarif integrierten Relationen zu vertreiben. Bietet ein Fernverkehrsunternehmen darüber hinaus auch den Verkauf des übrigen Sortiments des BW-Tarifs an, ist dieses entsprechend den Regelungen, die für die übrigen Vertragspartner gelten, zu vertreiben. Die Vertriebskanäle, über die Fernverkehrs-Übergänge anzubieten sind, sind im Vertriebskonzept (Anlage B4) festgelegt.
- g. Den Fernverkehrsunternehmen ist es freigestellt, alternative Vorschläge zur Ausgestaltung der tariflichen und vertrieblichen Regelungen anzubieten, sofern die Vorgaben nach b und c eingehalten werden, wobei der in b genannte Zuschlag als Mindestzuschlag anzusehen ist. Über die Zulässigkeit dieser alternativen Vorschläge befindet der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss. Die diesbezügliche ergänzende Ausgestaltung ist dann im Tarifkonzept, in der EAV-Durchführungsrichtlinie sowie im Vertriebskonzept ergänzend zu regeln.
- h. Bei alternativen vertrieblichen Regelungen sind die Erlösansprüche des Fernverkehrsunternehmens durch die Fernverkehrsunternehmen mit geeigneten Verfahren zweifelsfrei zu belegen. Kosten für den Vertrieb und die Abrechnung des Fernverkehrsaufpreises, die dem Fernverkehrsunternehmen hieraus entstehen, können nicht geltend gemacht werden.

- (3) Für ÖPNV-Verkehrsunternehmen aus der Gruppe der Verkehrsunternehmen des SPNV sowie aus der Gruppe der Verkehrsunternehmen des ÖSPV, die auf einen Beitritt zur Gesellschaft als Gesellschafter verzichten und stattdessen den TEV-A zeichnen, ermöglicht die Gesellschaft für je eine Vertreterin bzw. einen Vertreter dieser beiden Gruppen

ein stimmrechtsloses Gastrecht im Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss. Zur Sicherung der Einbindung in den Prozess der Abstimmung zum BW-Tarif verpflichten sich diese Verkehrsunternehmen, je zugehöriger Gruppe einvernehmlich jeweils eine Vertreterin bzw. einen Vertreter nebst Stellvertretung für die Amtszeit des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses gegenüber der Gesellschaft zu benennen. Dieser soll die zugehörigen Verkehrsunternehmen über die laufende Weiterentwicklung des BW-Tarifs informieren und ihre Interessen im Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss vertreten.

Darüber hinaus ist diesen Verkehrsunternehmen analog den Verkehrsunternehmensgesellschaftern gestattet, Maßnahmen zur Anpassung von Tarifhöhen unter Maßgabe des nach § 1 Absatz 3 ausgearbeiteten Regelwerks spätestens acht Monate vor Inkrafttreten der Maßnahme als verkehrsunternehmensspezifische Variation der Tarifentfernung bei der Gesellschaft schriftlich zu beantragen. Diesbezüglich entscheidet jeweils der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss im Abgleich mit den Anforderungen des Tarifkonzepts. Darüber hinaus wird externen Partnern gegenüber dem jeweils zuständigen Gremium der Gesellschaft ein Petitionsrecht eingeräumt.

§ 14

Kündigung von Vertragspartnern

- (1) Ohne Zustimmung des betroffenen Verkehrsunternehmens können die übrigen Verkehrsunternehmen die Kündigung dieses Vertrages gegenüber dem Verkehrsunternehmen schriftlich mit eingeschriebenem Brief erklären, wenn
 - (a) das Verkehrsunternehmen vorsätzlich, grob fahrlässig oder trotz Abmahnung durch die Gesellschaft gegen wesentliche Pflichten verstößt, die ihm nach diesem Vertrag obliegen. Hierzu zählen neben der Tarifanwendung, dem Vertrieb und der Kommunikation auch die Mitwirkungspflichten gemäß § 6, § 7, § 9 und § 10,
 - (b) das Verkehrsunternehmen seine Zahlungen nicht gemäß den in diesem Vertrag getroffenen Vereinbarungen erbringt und ein Zahlungsrückstand von mehr als drei Monatsbeiträgen aufgelaufen ist,
 - (c) dem Verkehrsunternehmen eine öffentlich-rechtliche Genehmigung zur Erbringung von Betriebsleistungen entzogen worden oder dem Verkehrsunternehmen ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag gekündigt worden ist,
 - (d) die Einnahmenanteile von einem Gläubiger des Verkehrsunternehmens gepfändet oder in sonstiger Weise in diese vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von drei Monaten seit Beginn dieser Maßnahme, spätestens jedoch

- bis zur Verwertung der Einnahmenanteile, aufgehoben wird,
- e) über das Vermögen des Verkehrsunternehmens das Insolvenz- oder Vergleichsverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder der Gesellschafter die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides Statt zu versichern hat,
 - f) den übrigen Verkehrsunternehmen unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses mit dem betroffenen Verkehrsunternehmen nicht zugemutet werden kann. Eine solche Unzumutbarkeit liegt insbesondere vor, wenn das Verkehrsunternehmen vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Erklärung gegenüber einer anderen Vertragspartei abgibt oder ein gesetzlicher Vertreter oder eine sonstige Führungskraft des Verkehrsunternehmens wegen einer im Rahmen der Tätigkeit für das Verkehrsunternehmen begangenen Straftat, insbesondere eines Vermögens-, Urkunds- oder Wettbewerbsdeliktes verurteilt wird oder gewerberechtliche Maßnahmen wegen Unzuverlässigkeit einer solchen Person eingeleitet werden.

Die Gesellschaft teilt es den Verkehrsunternehmen unverzüglich mit, wenn sie Kenntnis vom Vorliegen eines zur Kündigung berechtigenden Umstands erhält. Das Kündigungsrecht nach diesem Absatz besteht nur bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Zugang der Mitteilung an die Verkehrsunternehmen.

- (2) Die Abwicklung der Kündigung erfolgt durch die Geschäftsführung der Gesellschaft. § 15 Absatz 2 gilt entsprechend.
- (3) Die Kündigung wird mit Zugang der Kündigung beim betreffenden Verkehrsunternehmen wirksam. Ab diesem Tag ist das betroffene Verkehrsunternehmen vom Recht auf Teilnahme an der Einnahmenaufteilung ausgeschlossen.
- (4) Ab dem Tag, an dem die Teilnahme an der Einnahmenaufteilung endet, ist das betroffene Verkehrsunternehmen vom Mitbestimmungsrecht zu Kündigungen gemäß Absatz 1 sowie vom Recht auf Anwendung des BW-Tarifs nebst den hierzu getroffenen Regelungen im Bereich Vertrieb, Kommunikation, Infrastruktur und Technik sowie Marktforschung ausgeschlossen. Regelungen aus Verkehrsverträgen, Finanzierungszusagen und sonstigen Vereinbarungen zwischen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen bleiben hierdurch unberührt.

Zeitgleich ist das Verkehrsunternehmen auch vom Mitbestimmungsrecht zu Änderungen betreffend diesen Vertrag ausgeschlossen, mit Ausnahme von Vertragsveränderungen die das Verkehrsunternehmen bis zur endgültigen Abrechnung (zusätzlich) wirtschaftlich direkt in negativer Weise betreffen könnten. Die Teilnahme an der Einnahmenaufteilung sowie die o. g. Anwendungsrechte hierzu bis zu diesem Tag gemäß Satz 1 bleiben hiervon unberührt.

- (5) Die Abrechnung der abschließenden Zahlungsansprüche aus diesem Vertrag erfolgt durch die Gesellschaft nach den regulären Verfahrensweisen. Unmittelbar nach Ausgleich aller Zahlungsansprüche melden die übrigen Vertragspartner darüber hinaus unverzüglich jeweils schriftlich den Ausgleich an die Gesellschaft. Anschließend stellt die Gesellschaft für die übrigen Verkehrsunternehmen gegenüber dem austretenden Verkehrsunternehmen schriftlich den Abschluss der endgültigen Abrechnung fest, womit das Vertragsverhältnis mit diesem Verkehrsunternehmen automatisch beendet wird. Vertragliche Bestimmungen, die durch diesen Vertrag abgelöst wurden, leben durch die Vertragsbeendigung nicht wieder auf.
- (6) Entsteht für die nach Absatz 5 fälligen Zahlungen teilweise oder vollständig ein Zahlungsrückstand von mehr als drei Monaten, stellt die Gesellschaft gegenüber dem betreffenden Verkehrsunternehmen sowie gegenüber dem Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss den vorläufigen Zahlungsausfall fest. Für Zahlungen, für die das Widerspruchsverfahren nach § 10 eingeleitet wurde, wird diese Feststellung eines vorläufigen Zahlungsausfalls bis zum Abschluss des Widerspruchverfahrens ausgesetzt.
Nach Feststellung eines vorläufigen Zahlungsausfalls hat die Gesellschaft unverzüglich gegenüber dem betreffenden Verkehrsunternehmen so lange alle nötigen Rechtsmittel einzulegen, bis der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss einen endgültigen Zahlungsausfall feststellt, wobei dieser die Feststellung nur aus wichtigem Grund verweigern darf.
- (7) Im Anschluss an die Feststellung des endgültigen Zahlungsausfalls wird der bei den übrigen Verkehrsunternehmen und bei der Gesellschaft insgesamt entstandene Zahlungsausfall im Verhältnis der Anteile aus der Einnahmenaufteilung gemäß der (testierten) Jahresendabrechnung des den Zahlungsausfall jeweils betreffenden Jahres durch die übrigen Verkehrsunternehmen getragen. Die Abrechnung gegenüber den übrigen Verkehrsunternehmen wird durch die Gesellschaft mit der nächsten Jahresendabrechnung vorgenommen. § 6 Absätze 3 bis 8 gelten entsprechend.

Können nach Feststellung des endgültigen Zahlungsausfalls noch Zahlungen vom säu-
migen Verkehrsunternehmen realisiert werden, so werden diese auf Basis einer Abrech-
nung der Gesellschaft zwischen den übrigen Verkehrsunternehmen im Verhältnis der
o. g. Anteile aus der Einnahmenaufteilung aufgeteilt.

§ 15

Vertragsdauer und -kündigung

- (1) Dieser Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft und ersetzt zum Fahrplanwechsel 2020 (13. Dezember 2020) den alten, bisher bestehenden „Tarifanwendungs- und Einnahmenaufteilungsvertrag für den Baden-Württemberg-Tarif zwischen den Verkehrsunternehmen und der Baden-Württemberg-Tarif GmbH“ vom 06.11.2017.
- (2) Jeder Partner dieses Vertrages kann diesen Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten zum Jahresende durch eingeschriebenen Brief ohne Angabe von Gründen kündigen. Die Kündigung ist an die Geschäftsführung der Gesellschaft zu richten. Für die Einhaltung der Frist ist das Datum des Posteingangs bei der Gesellschaft maßgebend. Die Gesellschaft setzt die anderen Verkehrsunternehmen hierüber unverzüglich in Kenntnis.
- (3) Bei Ausscheiden eines oder mehrerer Verkehrsunternehmen wird der Vertrag nicht aufgelöst, sondern von den verbleibenden Verkehrsunternehmen fortgesetzt. Mit Wirksamkeit der Kündigung endet automatisch auch die Teilnahme des betreffenden Verkehrsunternehmens an der Einnahmenaufteilung. § 14 Absatz 5 und 6 gelten entsprechend.
- (4) Das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Wichtige Gründe sind insbesondere:
 - a. die Beendigung aller Verkehrsdienstleistungen im Geltungsbereich des BW-Tarifs,
 - b. die Einstellung des Betriebs sowie
 - c. die Einstellung ausstehender der Zahlungen.Mit der Wirksamkeit der Kündigung endet automatisch auch die Teilnahme des betreffenden Verkehrsunternehmens an der Einnahmenaufteilung. Die Formvorschriften des Absatzes 2 sowie des § 14 Absatz 3, 4, 5 und 6 gelten entsprechend.
- (5) Unabhängig von den Absätzen 2 und 4 endet das Vertragsverhältnis mit Verkehrsunternehmen automatisch, sobald diese nicht mehr an der Einnahmenaufteilung gemäß § 1

Absatz 4 beteiligt sind. Einer gesonderten Kündigung bedarf es nicht. Die Formvorschriften des Absatz 2 und 3 sowie des § 14 Absatz 3, 4, 5 und 6 gelten entsprechend.

- (6) Der Vertrag endet außerdem, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn der BW-Tarif keine Anwendung mehr findet.
- (7) Die Verkehrsunternehmen sind berechtigt, ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf die mit ihnen verbundenen Unternehmen i. S. d. § 15 AktG zu übertragen, ohne dass es der Zustimmung der übrigen Verkehrsunternehmen bedarf. Veränderungen in diesem Zusammenhang sind der Gesellschaft frühzeitig, jedoch mindestens drei Monate vor Wirksamwerden, schriftlich mit eingeschriebenem Brief anzuzeigen. Die Gesellschaft informiert die übrigen Verkehrsunternehmen daraufhin umgehend. Bei der Gesellschaft hierdurch zusätzlich entstehende Kosten sind durch das betreffende Verkehrsunternehmen zu tragen.

Sonstige Regelungen

§ 16

(entfällt)

§ 17

Schlussbestimmungen

- (1) Die Vertragsparteien werden bei wesentlichen, die Vertragsdurchführung beeinflussenden Änderungen der gesetzlichen oder steuerlichen Rahmenbedingungen oder Änderungen solcher Art, die durch gerichtliche oder behördliche Entscheidungen veranlasst sind, unter Berücksichtigung der in § 18 dargelegten Maßstäbe über eine einvernehmliche Änderung dieses Vertrages verhandeln. Im Übrigen erklären alle Vertragsparteien ihr Einverständnis damit, dass Änderungen, die unterhalb dieser Schwelle bleiben, vom zuständigen Gremium der Gesellschaft beraten, vorgenommen und den Verkehrsunternehmen zur Verfügung gestellt werden. Jedem Verkehrsunternehmen steht dann das Recht zur Kündigung gemäß § 15 Abs. 4 zu.

- (2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Stuttgart.
- (3) Wenn Inhaber von Gemeinschaftsgenehmigungen, Bietergemeinschaften oder Arbeitsgemeinschaften als Verkehrsunternehmen Vertragspartner sind, können diese die Rechte aus diesem Vertrag nur einheitlich wahrnehmen.
- (4) Durch diesen Vertrag wird keine Vertretungsmacht eines Verkehrsunternehmens für die übrigen Verkehrsunternehmen dieses Vertrages begründet.

§ 18

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke befinden, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung ist eine solche wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung entspricht. Im Falle einer Lücke ist diejenige Bestimmung zu vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht. Dies gilt auch dann, wenn die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einer Bestimmung auf einem in diesem Vertrag normierten Maß der Leistung oder Zeit beruht; in solchen Fällen ist ein dem Gewollten möglichst nahekommendes, rechtlich zulässiges Maß der Leistung oder Zeit anstelle des vereinbarten zu vereinbaren.

GLOSSAR

BW-Tarif	Baden-Württemberg-Tarif
EAV	Einnahmenaufteilungsverfahren
LizV	Lizenzvertrag
ÖSPV	Öffentlicher Straßenpersonenverkehr
SPFV	Schienenpersonenfernverkehr
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TEV	Tarifanwendungs- und Einnahmenaufteilungsvertrag
TEV-A	TEV-Assoziierungsvertrag
VKV	Vertriebskooperationsvertrag
VüV	Verbundgrenzen-überschreitender Verkehr

ANLAGENVERZEICHNIS

A. Anlagen

1. Geplante Gesamtkosten der aktuellen Periode (Kosten für die Administration der Einnahmeaufteilung)
2. (entfällt)
3. Vorlage für eine Abrechnung
4. Vorlage für einen Lagebericht
5. Standardisierte Widerspruchsvorlage
6. Vertraulichkeitsverpflichtung für die Beschäftigten der Gesellschaft
7. Geplante Gesamtkosten für die ersten drei Geschäftsjahre nach dem marktseitigen Start
8. Fristenübersicht zum Baden-Württemberg-Tarif im Jahresverlauf
9. Schwellenwerte Kategorisierung Bruttofahrgeldeinnahmen mit fehlender Zuordnung
10. Zustimmungserfordernis Kombitickets
11. Prozessvorgaben der Baden-Württemberg-Tarif GmbH zur Weiterleitung von Beschwerden
12. Antrag zur Einzelgenehmigung eines vom TEV abweichenden Geschäftsjahres
13. Betriebswirtschaftliche Prüfung der Angaben zu den Bruttofahrgeldeinnahmen
14. (entfällt)
15. Anpassung der TEV-Anlagen B (Informatorische Anlagen)
16. Erklärung Verkehrsunternehmen (ÖPNV) zum Beitritt zum TEV

B. Informatorische Anlagen

1. Tarifkonzept, mit Anhängen
 1. Sortiment des Baden-Württemberg-Tarifs, Stufe 1
 2. Definition der Tarifgebiete und der Regelungen zur Anschlussmobilität
 3. Tarifentfernungen zwischen den Tarifgebieten
2. Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen
3. EAV-Durchführungsrichtlinie
4. Vertriebskonzept, mit Anhängen
 1. Tarif- und Vertriebsdatenschnittstellen
 2. Fahrausweislayout (Orientierungshilfe)
 3. Technisches Konzept
 4. Lizenzvertrag E-Ticket Vertrieb
5. Kommunikationsrichtlinie
6. (entfällt)
7. (entfällt)
8. Vertrag zur Anschlussmobilität
9. Sonstige Kooperationsverträge
 1. Vertrag zur Anerkennung der BahnCard im Baden-Württemberg-Tarif
 2. TEV-Assoziierungsvertrag (TEV-A)
 3. Vertriebskooperationsvertrag (VKV)